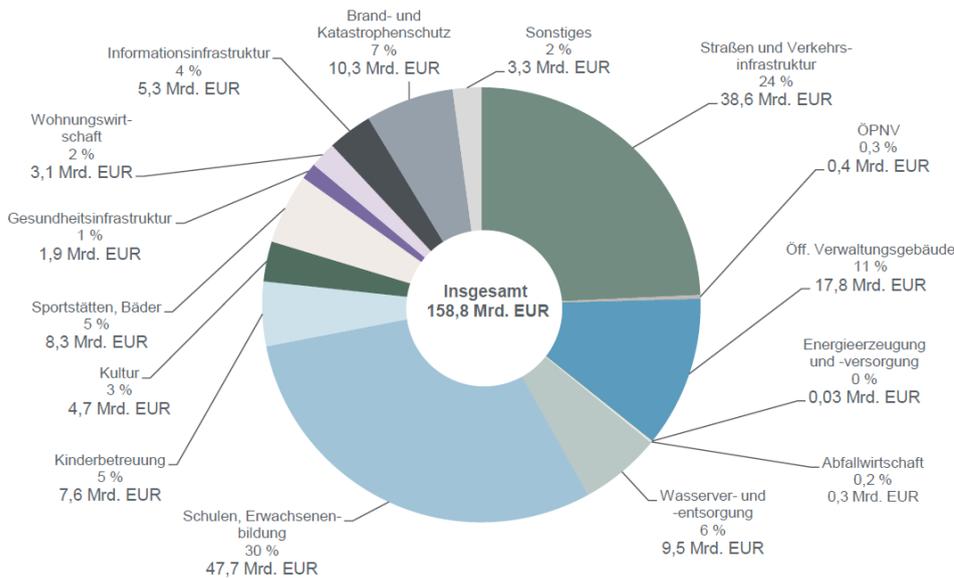


Infoblatt August und September 2018

Kommunalpanel 2018 – wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax:
069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: facebook.com/
GEW.DieBildungsgewerkschaft
Twitter:
twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Barbara Simoleit
0202 / 563-2251
bsimoleit@hotmail.de

Andreas Klepp
andreas.klepp@gmx.de

Josef Mikschl
0431 / 54 91 12
jgmikschl@ki.tng.de

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018

Folgt man dem jüngsten [Kommunalpanel](#), der größten regelmäßigen vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau unternommenen Befragung von Kämmerern in Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern/innen, so hat sich der Investitionsrückstand der deutschen Kommunen bei Bildungseinrichtungen im Jahr 2017 auf 47,7 Mrd. Euro und damit gegenüber dem Vorjahr um 14,9 Milliarden Euro deutlich erhöht. Der Rückstand bei den Einrichtungen für Schulen und Erwachsenenbildung macht mittlerweile 30 % des Gesamtinvestitionsrückstandes i.H. von 159 Mrd. Euro aus und fällt mittlerweile höher als der Rückstand im Bereich der Straßen und Verkehrsinfrastruktur aus. Steigende Geburtenraten, ein Anstieg der Zuwanderung und die Notwendigkeit des Ganztagsausbaus führen zu steigenden Bedarfen, wobei jedoch viele Kommunalverwaltungen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, da – nach Jahrzehnten der Umsetzung einer „schlanken“ Verwaltung – mittlerweile das Personal für die Ausschreibung, Umsetzung und Überwachung der Bauprojekte fehlt. Nach Einschätzung der Bundesfachgruppe

Erwachsenenbildung werden hier die Auswirkungen jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen und die Notwendigkeit deutlich erhöhter öffentlicher Investitionen in das Bildungswesen offenkundig, wie es die GEW stets aufzeigt. Hierzu müssen die Gebietskörperschaften, namentlich die Kommunen, aber auch die Länder, mit strukturbildenden Reformen in die Lage versetzt werden – auch hier weist das Steuerkonzept der GEW die Richtung.

Weiterbildungshürden für Geringqualifizierte

Obwohl Weiterbildung in der sich rapide wandelnden Arbeitswelt wichtiger denn je ist, drohen ausgerechnet Menschen ohne einen Berufsabschluss weiter ins Hintertreffen zu geraten, so ein bereits oft konstatiertes [Befund der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung](#). Gerade gering Qualifizierte befürchten, dass sich Weiterbildung für sie nicht lohne; zwei Drittel der Befragten gab ferner an, das Lernen nicht mehr gewohnt zu sein. Für die Bundesfachgruppe Erwachsenenbil-

derung zeigen auch die Befunde des unlängst veröffentlichten [IAB-Discussion Papers „Unter welchen Bedingungen würden sich Beschäftigte weiterbilden?“](#) die Notwendigkeit eines [bundesgesetzlichen die Weiterbildung steuernden Rahmens](#) für die Weiterbildung auf, wie es die GEW und ver.di seit geraumer Zeit einfordern.

„Masterplan Migration“ des BMI

Im Juli hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) den „[Masterplan Migration](#)“ veröffentlicht. Dieser besteht aus insgesamt 63 Maßnahmen

in den Herkunfts- und Transitländern zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Stabilisierung der Sicherheitslage, auf Ebene der Europäischen Union zur „Verbesserung des Außengrenzschatzes sowie des europäischen Asylsystems“ sowie in Deutschland beispielsweise der Grenzkontrollen und zur effektiven Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten.

Der DGB hält in einer [ersten Bewertung](#) fest, dass die durchaus unterstützenswerten Modellprojekte in den Herkunfts- und Transitländern die Migration aus Krisengebieten nicht zu unterbinden vermögen, er lehnt in den Transitländern einzurichtende „regionale Ausschiffungsplattformen“ ab und fordert hingegen, die Strukturen von Menschenhändlern und Schleusern zu unterbinden. Den zentralen Weg zu einem angemessenen Umgang mit der Aufnahme Geflüchteter sieht der DGB in einem abgestimmten Vorgehen aller EU-Staaten, das sich an der Genfer Flüchtlingskonvention orientiert. Im Bereich der Maßnahmen im Inland lehnt der DGB den Vorschlag zur Errichtung von „Transitzentren“ begründet ab. Nach den Plänen des BMI sollen ab August/September zur „Optimierung des Asylverfahrens“ bis zu sechs sogenannte „Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren“ (AnKER-Zentren) als Pilotprojekte eingerichtet werden mit dem Ziel, insgesamt 40 bis 50 solcher

Zentren – verteilt auf alle Bundesländer – einzurichten. Der 21. Ordentliche DGB-Bundeskongress hat die AnKER-Zentren mit Entschiedenheit abgelehnt.

Auswirkungen von AnKER-Zentren – Studie für den Mediendienst Integration

Nach Inbetriebnahme der ersten „AnKER-Zentren“ in Bayern hat der Mediendienst Integration eine [Studie über die Auswirkungen von AnKER-Zentren](#) veröffentlicht. Demnach verhindern die Zentren Integration und schüren Vorurteile. Sie führen zu Isolation und Belastungen der Geflüchteten und erschweren die soziale ebenso wie die berufliche Integration. In den Kommunen werden sie als Fremdkörper wahrgenommen und können einen Nährboden vielfältiger Vorurteile bieten, während gleichzeitig lokale Unterstützungsstrukturen vernachlässigt werden. Fraglich bleibt ferner, ob eine Beschleunigung der Asylverfahren tatsächlich erreicht wird. Ferner werden in der bisherigen Umsetzung der Zentren die besonderen Situationen besonders zu schützender Gruppen wie Frauen und Kinder nicht angemessen berücksichtigt.

Veranstaltungshinweis

Tagungsankündigung

Herbstakademie 2018

Gute Arbeit in der Weiterbildung.
Profession in der Erwachsenen- und Weiterbildung zwischen Anspruch und Arbeitsrealität.

Veranstalter und Kooperationspartner

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand, OB Berufliche Bildung und Weiterbildung
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Erziehungswissenschaft
- Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB Erziehungswissenschaften
- Universität Duisburg-Essen, Institut für Berufs- und Weiterbildung

Zeit: Donnerstag, 04., bis Freitag, 05. Oktober 2018

Ort: Justus-Liebig-Universität Gießen, Philosophikum II, Karl-Glöckner-Straße 21A, 35394 Gießen

Informationen zur Herbstakademie bei brigitte.kramer@gew.de oder unter: www.gew.de/herbstakademie



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter

Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent

Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax: 069/78973-103

Internet: www.gew.de

Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Barbara Simoleit

0202 / 563-2251
bsimoleit@hotmail.de

Andreas Klepp

andreas.klepp@gmx.de

Josef Mikschl

0431 / 54 91 12
jgmikschl@ki.tng.de

